

OP19

Fragebogen Kandidierende

Vertraulich

Status 30.04.2019

Fragebogen mit Kriterien für Kandidierende

Teil 1: Polit-ethische und kampagnenorganisatorische Kriterien

Frage 1.1: Relevanz von OP19 und Zustimmung zu den zentralen Zielsetzungen

Frage 1.2: Bekenntnis zum Grundsatz der Überparteilichkeit

Frage 1.3: Zustimmung zu einer parteiübergreifenden Kampagne im Zuge von OP19

Frage 1.4: Kooperation nach dem 20.10.2019

Teil 2: Inhaltliche Kriterien:

Frage 2.1: Europa

Frage 2.2: Klimaschutz

Frage 2.3: Digitalisierung

Frage 2.4: Generationenvertrag

Frage 2.5: Bürgerrecht und Migration

Frage 2.6: Wettbewerb

Frage 2.7: Freie Lebensentwürfe und Gleichstellung

Fragebogen mit Kriterien für Kandidierende

Die Kriterien für Kandidierende umfassen sowohl polit-ethische und kampagnenorganisatorische Kriterien wie auch inhaltliche Kriterien. Eine auf diesem Fragebogen schriftlich festgehaltene Zustimmung zu den enthaltenen Anforderungen, Einschätzungen und Positionen stellt die verbindliche Grundlage für die Unterstützung der Kandidierenden im Zuge des Wahlprojektes OP19 dar.

Die inhaltlichen Kriterien stellen das Kernstück dieses Kriterienkataloges dar. Wir haben unsere Vorstellung des Chancenlandes in Zielvorstellungen zu sieben ausgewählten

Politikfeldern überführt. Diese Positionen bestehend aus Grundsätzen und einigen konkreten Forderungen haben für uns grosse Bedeutung. Wir nehmen daher keine Gewichtung oder Kategorisierung der inhaltlichen Positionen im Bezug auf ihre Funktion als Kriterien für Kandidierende vor. Alle sieben Positionen sind also gleichwertige Kriterien für eine allfällige Unterstützung von Kandidierenden.

Die folgenden inhaltlichen Positionen und die darin enthaltenen Forderungen werden im Zuge der Kampagne publiziert werden. In welcher Form dies geschehen wird, wird aus gesamtkommunikatorischer Sicht geprüft. Sie gelten für die von Operation Libero unterstützen Kandidierenden im Sinne einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit. Operation Libero behält sich jedoch vor, sich im Rahmen anderer Tätigkeiten als dem Wahlprojekt zu einzelnen Themenbereichen zu äussern. Eine Übereinstimmung mit etwaigen detaillierteren und/oder weitergehenden Forderungen ist für die Kandidierenden des Projektes OP19 nicht Grundlage oder Voraussetzung einer Kooperation im Zuge des Wahlprojektes.

Teil 1: Polit-ethische und kampagnenorganisatorische Kriterien

Frage 1.1: Relevanz von OP19 und Zustimmung zu den zentralen Zielsetzungen

Wir sind der Meinung, dass die laufende und nun bald endende Legislatur insgesamt sehr unbefriedigend verlaufen ist. Viele wichtige Projekte sind nicht vorangekommen. Wir glauben, dass es so nicht weitergehen kann und die Schweizer Politik eine Richtungsänderung braucht.

Stimmen Sie dem folgenden Absatz zu?

“Vorwärts oder rückwärts: Die Parlamentswahl 2019 ist ein Richtungsentscheid. Dabei geht es nicht nur um die Sitzverteilung unter konkurrierenden Parteien. Vielmehr ist es eine Abstimmung über die Zukunft unseres Landes – ein Referendum über Fortschritt oder Stillstand.

Eine Koalition der Verhinderer hat die Politik zum Stillstand gebracht – meist nur mit kleiner Mehrheit. Zudem verhindert die zunehmende Polarisierung die Kompromissfähigkeit in unserem Land. Fortschrittliche Anliegen und konstruktive Lösungen gehen unter.

Wir brauchen eine Wende. Wir müssen bei den kommenden Wahlen jene Kräfte ins

Parlament bringen, die den Stillstand überwinden und zukunftsweisende Entscheide vorantreiben. Wir können uns keine weiteren vier Jahre Stillstand leisten.

Die informelle Mehrheit der Verhinderer im Bundeshaus ist eine knappe. Gelingt es, auch nur fünf zusätzlichen fortschrittlichen Nationalrätinnen und Nationalräte zu einem Sitz zu verhelfen, können wir die Mehrheitsverhältnisse im Bundeshaus ändern und die Blockade lösen. Im Ständerat gilt es, das bestehende Kräfteverhältnis zu stabilisieren.

Bei den eidgenössischen Wahlen 2019 geht es um die Zukunft im Chancenland Schweiz: Für unseren Wohlstand mit sozialer Gerechtigkeit muss die Politik wieder entscheidungsfähig werden, weil wir nur so die Rahmenbedingungen für den europa- und weltoffenen Produktionsstandort und Finanzplatz sichern können.

Die Zeit drängt.“

<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> Eher ja	<input type="checkbox"/> Eher nein	<input type="checkbox"/> Nein
-----------------------------	----------------------------------	------------------------------------	-------------------------------

Frage 1.2: Bekenntnis zum Grundsatz der Überparteilichkeit

Eine wesentliche Ursache dafür, dass die letzte Legislatur so unbefriedigend verlaufen ist, liegt unserer Meinung nach in einer zunehmenden politischen Polarisierung und in einem daraus resultierenden mangelnden Willen zur Kompromissfindung begründet. Wir wollen die bewährte Schweizer Tugend der überparteilichen Zusammenarbeit durch unser Projekt wiederbeleben.

Werden Sie sich im Zuge einer Sie unterstützenden Kampagne von Operation Libero auch öffentlich zum politischen Wert der Überparteilichkeit bekennen, wie im vorliegenden Statement skizziert?

“Ich möchte dazu beitragen, die gegenwärtige politische Polarisierung zu überwinden. Hiermit erkläre ich öffentlich, als gewählter Nationalrat im Parlament, (wo immer möglich und notwendig), überparteilich zu agieren und zu kooperieren, um auf Grundlage von Fakten die politische Kompromissfindung voranzutreiben und gemeinsam mit Parlamentariern anderer Parteien konstruktiv nach Lösungen suchen.

<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
-----------------------------	-------------------------------

Frage 1.3: Zustimmung zu einer parteiübergreifenden OP19 Kampagne

Aus den oben genannten Einsichten heraus ist unser Projekt selbst ein genuin parteiübergreifendes. Wir unterstützen bei den Wahlen Kandidierende fast aller Parteien in fast allen Teilen des Landes. Diese Überparteilichkeit wird auch integraler Bestandteil unseres Narratives sein.

Stimmen Sie diesem Vorgehen zu und sind Sie bereit, sich im Zuge der Kampagne mit Kandidierenden aus verschiedenen Parteien aufzutreten und mit Ihnen abbilden zu lassen?

<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
-----------------------------	-------------------------------

Frage 1.4: Kooperation nach dem 20.10.2019

Sind Sie bereit, nach einer Wahl in den Nationalrat/Ständerat weiter mit Operation Libero und den anderen von Operation Libero unterstützen NR/SR zu kooperieren und während der kommenden Legislatur im Rahmen eines zu schaffenden, eher informellen, Formates regelmässig zusammenzukommen? (Bspw. in einer "Parlamentarischen Gruppe Chancenland")?

<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
-----------------------------	-------------------------------

Teil 2: Inhaltliche Kriterien:

Sind Sie bereit, sich im Rahmen der Kampagne zu den folgenden Position öffentlich zu bekennen und durch ihren Einsatz im Parlament dazu beizutragen,

diese Grundsätze und Forderungen zu verwirklichen?

Frage 2.1: Europa

Wir setzen uns ein für eine Europapolitik, die ihren Namen verdient, für Zusammenarbeit, Rechtssicherheit und offene Märkte.

Die Schweizer Europapolitik leidet an Mutlosigkeit und Kurzsichtigkeit. Über Jahre wurde keine Europapolitik gemacht, die diesen Namen verdient. Dabei ist die Einbindung in den europäischen Binnenmarkt zentral für den Werk- und Forschungsplatz Schweiz. Ebenso gilt es, die freiheitlichen Errungenschaften Europas zu verteidigen und weiterzubringen.

Wir sind Teil einer europäischen Wertegemeinschaft. Im Streben nach Demokratie und Freiheit sind die europäischen Staaten unsere natürlichen Verbündeten in einer neuen, turbulenten Welt. Zurzeit stehen wir vor dem grössten noch ungelösten strukturellen Problem des Landes: Unsere europäischen Beziehungen brauchen ein Update.

Wir setzen uns ein für Marktzugang sowie Rechtssicherheit und erachten das Rahmenabkommen als Mindestmass, um diese Ziele zu erreichen. Wir sind deshalb klar für eine zügige Unterzeichnung des vorliegenden Rahmenabkommens. Wir sind für weitere Marktzugangsabkommen, für mehr europäische Zusammenarbeit und für mehr Mitgestaltung. Wir wollen die Teilnahme am EU-Forschungsprogramm, am Bildungsprogramm Erasmus Plus und am EU-Kulturförderungsprogramm sichern. Wir wollen den Zugang zum Weltmarkt vertraglich stärken und wenden uns gegen Protektionismus: In unseren Wirtschaftsabkommen sind Umwelt-, Sozial- und Fiskalstandards überprüfbar festzulegen.

<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> Eher ja	<input type="checkbox"/> Eher nein	<input type="checkbox"/> Nein
-----------------------------	----------------------------------	------------------------------------	-------------------------------

Frage 2.2: Klimaschutz

Wir setzen uns ein für eine zukunftsfähige Klimapolitik

Die Bekämpfung des Klimawandels ist eine der grössten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Es liegt im Interesse der Schweiz, hierzu nationale wie internationale Lösungen zu entwickeln. Trotzdem kommt die Schweizer Klimapolitik nicht voran. Wenn wir unseren Kindern und Enkeln eine Welt überlassen wollen, in der auch sie noch frei leben können, müssen die Treibhausgasemissionen in der Schweiz stark reduziert werden. Die besten Mittel dazu sind Kostenwahrheit und Innovation. Kostenwahrheit, um Klimaveränderungen in wirtschaftliche Entscheidungen mit einzubeziehen. Innovation, um klimakompatible Technologien zu entwickeln,

marktreif und konkurrenzfähig zu machen. Die Schweiz braucht einen Klimamasterplan. Ein zukunftsfähiges Klima ist nur möglich, wenn die Netto-Emissionen bis 2050 auf null sinken. Die Schweiz muss deshalb ein verbindliches Ziel für Netto-Null Emissionen bis 2050 (ohne Kompensation im Ausland) und entsprechende, verbindliche Zwischenziele festlegen. Bei Gebäuden und Verkehr, insbesondere Flugverkehr, soll Kostenwahrheit gelten. Dazu braucht es eine CO2-Abgabe auf Brennstoffe entsprechend dem Zielpfad (auch eine Abgabenerhöhung, falls mit dem aktuellen Weg dieses Ziel nicht erreicht wird) und im Verkehr ein Mobility Pricing. Die Schweiz fördert die E-Mobilität mit dem besten Paket nicht-monetärer Anreize Europas (z.B. Ladestationen, E-Spuren) und wird zur Innovationszentrale für Systeminnovation, also der Kombination verschiedener Technologien im Bereich Energie und Mobilität. Die Bekämpfung des Klimawandels erfordert eine Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg: Neben innenpolitischen Massnahmen braucht es deshalb auch ein gutes Zusammenspiel zwischen der Schweiz und der EU, eine der zentralen Akteurinnen in der internationalen Klimapolitik. Für die Schweiz ist eine gute Beziehung zu den europäischen Staaten zentral zur Umsetzung einer wirkungsvollen Klimapolitik. So ist beispielsweise das Stromabkommen eine Voraussetzung, um die Zielsetzungen erneuerbarer Stromproduktion zu erreichen.

<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> Eher ja	<input type="checkbox"/> Eher nein	<input type="checkbox"/> Nein
-----------------------------	----------------------------------	------------------------------------	-------------------------------

Frage 2.3: Digitalisierung

Für Windmühlen statt Mauern bei der Digitalisierung

Digitalpolitik fristet in der Schweiz weiterhin ein Schattendasein. Veraltete Rezepte und Abschottung sind die bisherige Antwort auf den technologischen Wandel. Das muss sich ändern. Es braucht den Blick aufs Ganze: Was sind die fundamentalen Transformationen, wo ändert die Technologie grundlegend die Art und Weise wie unsere Gesellschaft funktioniert? Und wie wollen wir Technologie zum Wohle der Gesellschaft einsetzen und entwickeln? Technologie führt nicht automatisch zu einer demokratischeren und freieren Gesellschaft, hierfür braucht es politische Arbeit. Das digitale Chancenland Schweiz muss sowohl die neuen Möglichkeiten nutzen als auch negative Effekte verhindern. Für den digitalen Wind des Wandels braucht es Windmühlen statt Mauern. Wir sollten die Chance dieser Transformation nutzen um einige Dinge neu zu denken: Mittels technologischer Tools wollen wir mehr Menschen in den politischen Prozess integrieren, beispielsweise mit elektronischen Vernehmlassungen. Gleichzeitig soll die digitale Infrastruktur im öffentlichen Sektor verbessert werden: Es braucht eine saubere Datenstrategie und einen Austausch

zwischen den Behörden und gesetzliche Rahmenbedingungen, um Schweizer Behörden "digital first" zu machen. Auch die digitale Innovation braucht bessere Rahmenbedingungen. Dazu gehören Freiraum für Experimente, eine gute Verknüpfung zwischen Forschung und Wirtschaft, aber auch das nationale und internationale Einstehen für ein Internet, das Innovationen fördert – inklusive rechtlich gesicherter Netzneutralität und dem Abbau von Netzsperrern. Digitalisierung kann auch zu Machtmissbrauch und Machtkonzentration führen. Gerade deshalb müssen fortschrittliche Kräfte für den Schutz und Ausbau der informationellen Selbstbestimmung auch im digitalen Raum und von digitalen Grundrechten einstehen. Über die Nutzung von erfassten Daten sollen die betroffenen Individuen nicht nur mehr Transparenz, sondern vor allem mehr Mitsprache erhalten.

<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> Eher ja	<input type="checkbox"/> Eher nein	<input type="checkbox"/> Nein
-----------------------------	----------------------------------	------------------------------------	-------------------------------

Frage 2.4: Generationenvertrag

Für einen Generationenvertrag mit Weitblick

Wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Fortschritt hat uns längere und freiere Leben beschert. Doch die Politik hat Mühe, mit diesem Geschenk umzugehen. Vom Gestaltungswillen der Erbauer unseres heutigen Sozialsystems ist nur noch wenig zu spüren. In den letzten 15 Jahren sind fünf Reformen der Altersvorsorge gescheitert. Ihre Sanierung ist eine zentrale Aufgabe der nächsten Legislatur. Die Sozialwerke müssen bezüglich Finanzierung und Leistungsumfang nachhaltig gesichert werden. Wir müssen die Sozialsysteme zukunftstauglich und generationengerecht machen: Dafür dürfen die Flexibilisierung des Rentenalters und seine Erhöhung genauso wenig tabu sein, wie die Erhöhung von Beiträgen. Wir setzen uns ein für eine schrittweise Anpassung des durchschnittlichen Rentenalters, die sich an der Lebenserwartung orientiert, wobei auch die persönliche Arbeits- und Gesundheitssituation beachtet werden muss. Auch mehr Flexibilität am Arbeitsplatz kann den familialen Generationenvertrag stärken – mittels flexiblen Tagesarbeitszeiten, Teilzeitanstellungen, Jahreszeitmodellen und bezahlter Elternzeit. Ganz grundsätzlich gilt es, den Generationenvertrag im Zuge einer breit geführten gesellschaftlichen Debatte neu zu entwerfen. Denn der bisherige Erfolg der Schweiz basiert auf dem Einvernehmen zwischen den Generationen – hier sollten wir anpacken.

<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> Eher ja	<input type="checkbox"/> Eher nein	<input type="checkbox"/> Nein
-----------------------------	----------------------------------	------------------------------------	-------------------------------

Frage 2.5: Bürgerrecht und Migration

Für eine liberale Bürgerrechts- und Migrationspolitik

Die Schweiz als Willensnation und moderne Demokratie sollte denjenigen, die Teil davon sein wollen, gute Rahmenbedingungen, demokratische Teilhabe und rasch die Chance auf volle Mitgliedschaft bieten. Wer die Schweiz als Lebensmittelpunkt hat, sollte im Grundsatz Anspruch auf das Bürgerrecht haben. Das Migrationsrecht und das Bürgerrecht eines Landes entscheiden darüber, wer unter welchen Bedingungen Zugang hat zur vollwertigen Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft und wer welche Aufstiegs- und Teilnahmekancen hat. Unser aktueller Umgang mit Migration steht der Verwirklichung der Willensnation und des Chancenlands im Wege. Wir wollen eine Schweiz mit einer liberalen Migrationspolitik, in der Einsatz zählt, nicht Herkunft. Migration sollte grundsätzlich erlaubt und nur ausnahmsweise verboten sein. Für Migrierende aus Drittstaaten/Nicht-EU/Efta-Staaten ist nach einem nicht-planwirtschaftlichen System zu streben. Die Personenfreizügigkeit gehört erhalten. Beim Bürgerrecht gehören Mindest-Wohnsitzfristen für Einbürgerungen in Gemeinden und Kantonen abgeschafft. Die erforderliche Aufenthaltsdauer für eine Einbürgerung ist zu senken. Eine liberale Migrationspolitik sollte auch das Los von Flüchtlingen verbessern. Der erste Schritt auf diesem Weg sollte in Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn die Schaffung legaler Fluchtwege sein – also die Schaffung der Möglichkeit, in einem europäischen Staat einen Antrag auf Schutz stellen zu können, ohne dafür erst Schlepper in Anspruch nehmen und sein Leben riskieren zu müssen.

<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> Eher ja	<input type="checkbox"/> Eher nein	<input type="checkbox"/> Nein
-----------------------------	----------------------------------	------------------------------------	-------------------------------

Frage 2.6: Wettbewerb

Für nachhaltigen Wettbewerb

Machtkonzentration ist immer ein Problem, bei Staaten wie bei Konzernen. Zu starke Machtballung steht nicht nur im Widerspruch zur Grundidee von freien Märkten und zu unserem demokratisch-rechtsstaatlichen Staatsverständnis, sondern gefährdet die Stabilität des gesamten (Wirtschafts-)Systems. Im Zuge der Globalisierung ist es in jüngerer Vergangenheit zu sehr hoher Machtkonzentration bei wenigen global tätigen Konzernen gekommen, jüngstes Beispiel sind hier die Monopolisierungstendenzen im digitalen Bereich. Wir befürworten die Idee von offenen, globalen Märkten. Regulierung sollte Effizienz und Stabilität des Marktes gewährleisten und unterstützen. Dafür ist das Wettbewerbsrecht zu schärfen und die internationale Zusammenarbeit auszubauen. Die transnationale Wettbewerbs-Regulierung ist zu stärken und globale Regelangleichungen durch internationale Regime und Verträge aktiv zu fördern, auch

im Steuerbereich. Das Wettbewerbsrecht muss an das Zeitalter der Plattformökonomie angepasst und die Marktmacht grosser Plattformen begrenzt werden, unter anderem mit verschärften Transparenz- und Informationspflichten und marktgerechter Besteuerung. Das heute geltende kartellrechtliche Missbrauchsverbots für marktbeherrschende Unternehmen sollte auf "relativ marktmächtige" Unternehmen ausgedehnt und ein Grundsatzverbot der geografischen Marktabschottung im Online-Handel implementiert werden.

<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> Eher ja	<input type="checkbox"/> Eher nein	<input type="checkbox"/> Nein
-----------------------------	----------------------------------	------------------------------------	-------------------------------

Frage 2.7: Freie Lebensentwürfe und Gleichstellung

Für freie Lebensentwürfe

Ein freiheitlicher Staat gewährt der gelebten Vielfalt Raum, sich zu entwickeln und respektiert private Entscheidungen. Wir treten ein für die individuelle Freiheit, die Selbstbestimmung und die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern und allen Lebensformen. Doch das heutige Schweizer Familienrecht schreibt in erster Linie ein traditionelles Familienmodell vor, das Steuersystem hält mit der gemeinsamen Besteuerung von Ehepaaren ein Wirtschafts- und Wertemodell hoch, welches der Vielfalt an Lebensentwürfen nicht mehr gerecht wird, erwerbstätige Eltern und Alleinerziehende sind oftmals benachteiligt. Dabei wäre es nicht Aufgabe des Staates, gewisse Lebensentwürfe gegenüber anderen zu privilegieren – sei es bei der Beziehungsform, der Besteuerung oder der Wahl des Familienmodells. Alle einvernehmlichen Beziehungsformen und Familienmodelle, ob nun gleich- oder verschiedengeschlechtlich, ob verheiratet oder nicht, sollen gleichermassen ermöglicht werden. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss verbessert werden, damit Gleichstellung auch in der Beziehung lebbar ist. Schliesslich gilt es, die Chancengleichheit der Geschlechter, die wir in der Verfassung verankert haben, zu verwirklichen und zwar im Alltag wie im Berufsleben. Wir fordern die Öffnung der Ehe – mit sämtlichen damit verbundenen Rechten und Pflichten (inkl. Adoptionsrecht, Zugang zu Fortpflanzungsmedizin, Familiennachzug und erleichterte Einbürgerung)- und die Schaffung eines rechtlich geregelten Konkubinates, welches allen Paaren gleichermassen offen steht. Eine frei aufteilbare Elternzeit ist ebenso anzustreben wie die Individualbesteuerung. Der Verfassungsauftrag, wonach das Gesetz für rechtliche und tatsächliche Gleichstellung zu sorgen hat, muss umgesetzt werden. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> Eher ja	<input type="checkbox"/> Eher nein	<input type="checkbox"/> Nein
-----------------------------	----------------------------------	------------------------------------	-------------------------------